

Wirtschaftsplan 2002 für den Landesbetrieb Straßenbau

In der von Günter Garbrecht (SPD) geleiteten Sitzung des Unterausschusses Landesbetriebe und Sondervermögen des Haushaltsausschusses am 31. Oktober berichtete Leitender Ministerialrat Gert Reschke (Wirtschaftsministerium) zum Wirtschaftsplan des Landesbetriebs Straßenbau.

Beim Entwurf des Wirtschaftsplans für 2002 hätten sich noch die Schwierigkeiten des Vorjahres ausgewirkt: die Umwandlung von Behörden in einen Landesbetrieb und die Zusammenführung der Straßenbauverwaltungen der beiden Landschaftsverbände. Anlaufkosten würden in den Folgejahren nicht mehr anfallen.

Auf eine Frage des SPD-Abgeordneten Erwin Siekmann antwortete Reschke, der Landesbetrieb könne die Straßenplanung, Bau, Unterhaltung und Betrieb für Kommunen übernehmen, was wirtschaftlich oft sinnvoll sei. Hauptaufgabe seien aber die Arbeiten für Bundesfern- und Landesstraßen. Dem FDP-Abgeordneten Dr. Ingo Wolf teilte er mit, etwa ein Drittel der Unterhaltungsaufgaben würden durch private Unternehmen vorgenommen. Bei Planung und Baureifmachen würden Ingenieurbüros eingeschaltet. Die Landesregierung wolle wichtige Straßenbauvorhaben beschleunigen. Das erfordere ebenfalls höhere personelle Kapazitäten. Reale Zahlen über den Personalbedarf, wie von Dr. Wolf verlangt, gebe es Ende des Jahres, ergänzte Leitender Ministerialrat Hans-Ludwig Haake.

Bürokratieabbau

Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform führt am 31. Januar 2002 eine öffentliche Anhörung zum Bürokratieabbaugesetz (Gesetzesentwurf der FDP-Fraktion, Drs. 13/887) durch. Das Hearing beginnt um 13.30 Uhr und findet in Raum E 3 A 02 statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04, 8 84 25 45 und 8 84 23 09, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Beim dritten Anlauf hat er es geschafft — dem Düsseldorfer Liberalen Robert Orth gelang dank eines überraschenden landesweiten Wahlergebnisses von 9,8 Prozent für die FDP im Mai letzten Jahres der Sprung in das Landesparlament am Rhein. Der 33-jährige gebürtige Düsseldorfer interessierte sich schon seit längerem für die Landespolitik „vor der Haustür“. Und bereits als Jugendlicher habe er den ersten „Kontakt“ mit der Stätte des landespolitischen Geschehens gehabt — „in der damaligen Baugrube spielten wir Fußball“, erinnert er sich.

Nach Einschätzung des promovierten Juristen wird im Rahmen des zusammenwachsenden Europas die Landespolitik weniger als die Bundespolitik an Bedeutung verlieren. Die EU-Richtlinien müssten vor allem regional umgesetzt werden und beim erforderlichen Harmonisierungsprozess werde der Entscheidungsspielraum des Bundes eingeschränkt, argumentiert Robert Orth. Für ihn darf die Landespolitik ohnehin nicht an den Grenzen eine Bundeslandesenden.

Nach dem Abitur und dem Wehrdienst absolvierte der Freidemokrat eine Ausbildung als Bankkaufmann, der sich dann das Jurastudium an der Kölner Universität anschloss. Nach beiden Staatsprüfungen und dem Referendariat gründete er 1996 eine Rechtsanwaltssozietät in seiner Heimatstadt mit dem Schwerpunkt Aktienrecht. Der Düsseldorfer, der auch Aufsichtsratsmitglied mehrerer Unternehmen ist, übt seine berufliche Tätigkeit auch als Abgeordneter aus, um sich seine persönliche Unabhängigkeit zu erhalten.

Bereits als 18-Jähriger schloss sich Robert Orth der FDP an und engagierte sich gleich bei den Jungen Liberalen wie auch in der Partei. Es folgte die Wahl in verschiedene Führungsgremien. So gehört der Rheinländer schon seit längerem dem FDP-Landesvorstand an und ist seit 1998 auch stellvertretender Vorsitzender des Kreis- wie des Bezirksverbandes Düsseldorf seiner Partei. Bei der letzten Kommunalwahl im Herbst 1999 in den Rat seiner Heimatstadt gewählt, legte der Liberale sein kommunales Mandat nach dem Einzug in den Landtag nieder. „Ich halte nichts von Doppelmandaten.“

Seine Fraktion berief den Juristen in den Rechtsausschuss, dessen Vorsitzender er heute ist. Außerdem gehört er



Dr. Robert Orth (FDP)

dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie an. Eines seiner ersten Anliegen war es, das Gewicht des Rechtsausschusses zu stärken. So widersprach es dem politischen Verständnis des Freidemokraten, dass das Parlamentsgremium beispielsweise zwar bei Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof hinzugezogen werde, aber bei Verfassungsänderungen nicht beratend mitwirkte. Diese Lücke wird nun geschlossen.

Auch ist für ihn die Unabhängigkeit der Justiz eine stete Herausforderung. Besonders erfreut ist der Liberale in diesem Zusammenhang, dass die erste Gesetzesinitiative seiner Partei in dieser Legislaturperiode, die Entpolitisierung der Staatsanwälte, eine breite parlamentarische Zustimmung gefunden hat. Als eine seiner wesentlichen Aufgaben als Vorsitzender sieht Robert Orth auch, jeden Eingriff des Staates in die Rechte des einzelnen Bürgers kritisch zu begleiten. Als Beispiel nennt er die nach seiner Einschätzung zu große Zahl der Telefonüberwachungen.

Der Liberale möchte nicht nur Ansprechpartner für die Bürger sein, sondern ist auch offen für die Probleme der Mitarbeiter der Justizbehörden. An die Landesregierung hat er die Erwartung, dass sie bei den großen justizpolitischen Themen auf Bundesebene die Interessen Nordrhein-Westfalens wahr, beispielsweise bei der Zivilprozessreform.

Politik und Beruf lassen für den Familienvater von zwei Kindern wenig Raum für freizeitleiche Aktivitäten, für das Skifahren und das Tennisspielen. Doch dafür wird er durch manchen Erfolg in seinem politischen wie beruflichen Engagement „entschädigt“.

Jochen Juretko

Verkehrsausschuss

Zum CDU-Antrag „Innovative Finanzierungsmodelle für den Landesstraßenbau nutzen — Investitionsstau bei Ortsumgehungen und Radwegen abbauen“ (Drs. 13/1233) hört der Verkehrsausschuss die Kommunalen Spitzenverbände an.

Als Termin für die Anhörung, an der auch Mitglieder anderer Ausschüsse teilnehmen, verständigten sich die Sprecher der Fraktionen auf Dienstag, 19. Februar 2002, 14.30 Uhr.

Frauenpolitik

Zum Thema „Gender Mainstreaming“ führt der Ausschuss für Frauenpolitik im Frühjahr 2002 eine öffentliche Anhörung durch. Das teilte Vorsitzende Gerda Kieninger (SPD) jetzt den Fachausschüssen mit. Im Hauptausschuss dankte Parlamentarische Geschäftsführerin Carina Gödecke (SPD) dem Landtagsdirektor für einen „hervorragenden“ Bericht (Vorlage 13/988) zu diesem Thema.